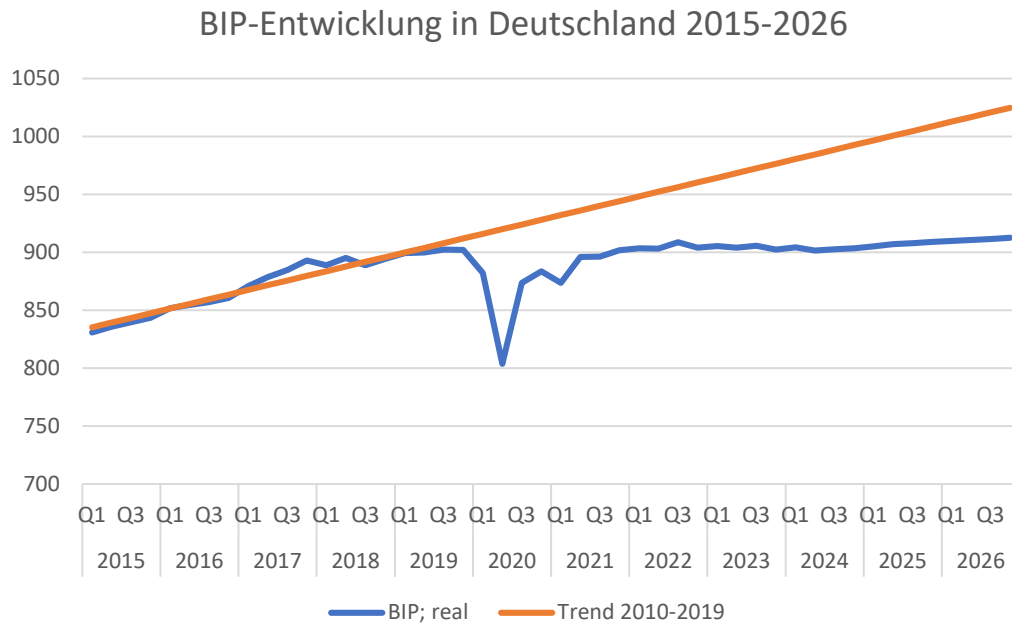


Aktuelle wirtschaftliche/wirtschaftspolitische Entwicklung in Ostdeutschland, Sachsen und Dresden

Vortrag beim 1. Informationstag für Dresdner Unternehmen 2025, Dresden, 18. März 2025

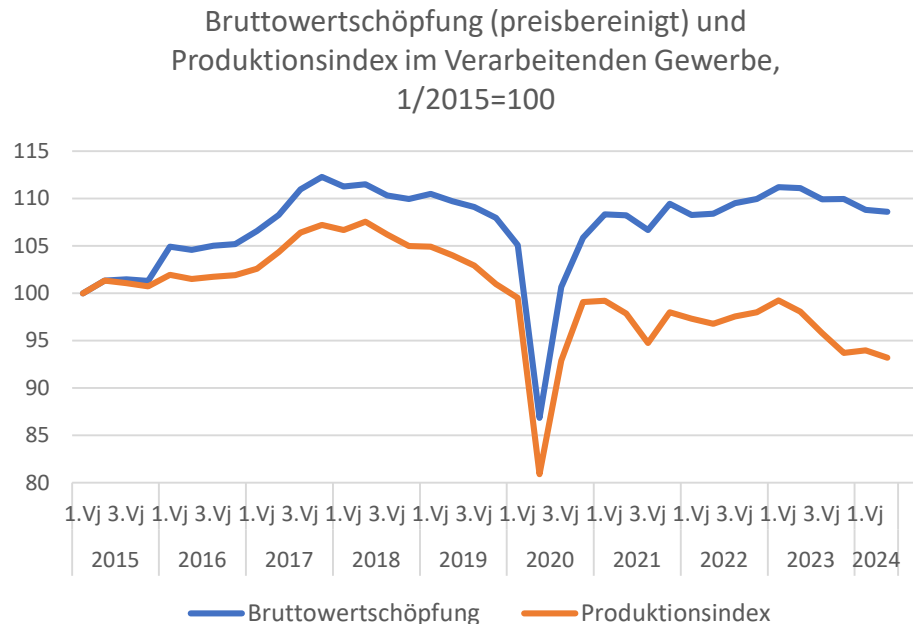
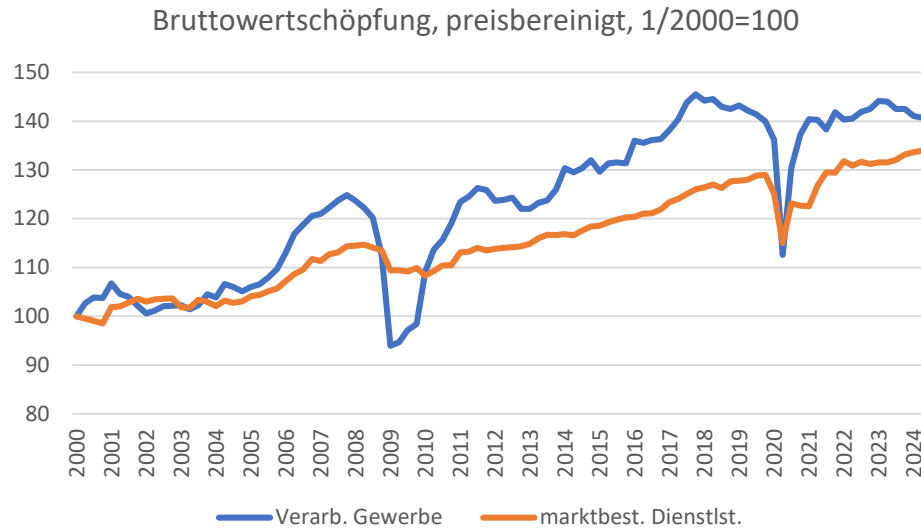
Prof. Dr. Joachim Ragnitz (ifo Institut, NL Dresden)

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland



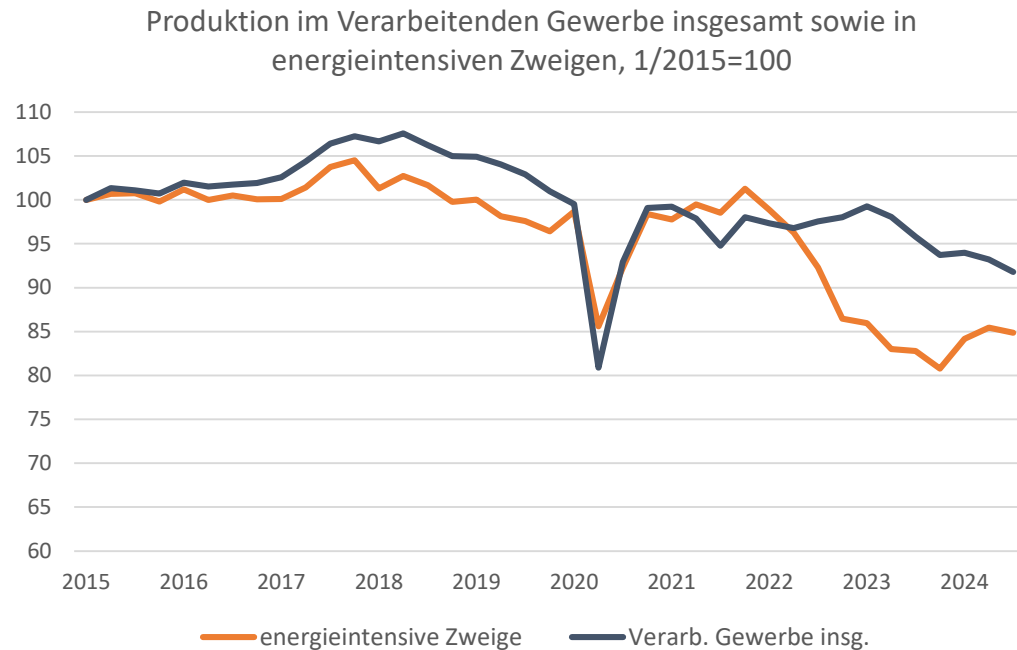
- Deutschland befindet sich seit längerem in einer wirtschaftlichen Stagnation
 - bereits seit 2017 nur schwaches Wachstum des BIP
 - auch nach dem Corona-Schock 2020 keine Rückkehr auf den langfristigen Wachstumspfad
 - ab 2022 fortdauernd schwache Dynamik aufgrund der Folgen des Ukraine-Kriegs (Energiepreissteigerungen, Inflation, Realeinkommensverluste)
 - zusätzliche Belastungen durch veränderte politische Prioritätensetzungen (Klimaschutz) und gesteigerte Unsicherheit
- Schwäche ist weitgehend deutschlandspezifisch; fast alle europäischen Länder weisen günstigere Entwicklungen auf
- auch für die kommenden Jahre Stagnation der Wirtschaft zu erwarten; hohe Risiken auch durch globale Entwicklungen

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland: Rezession in der Industrie



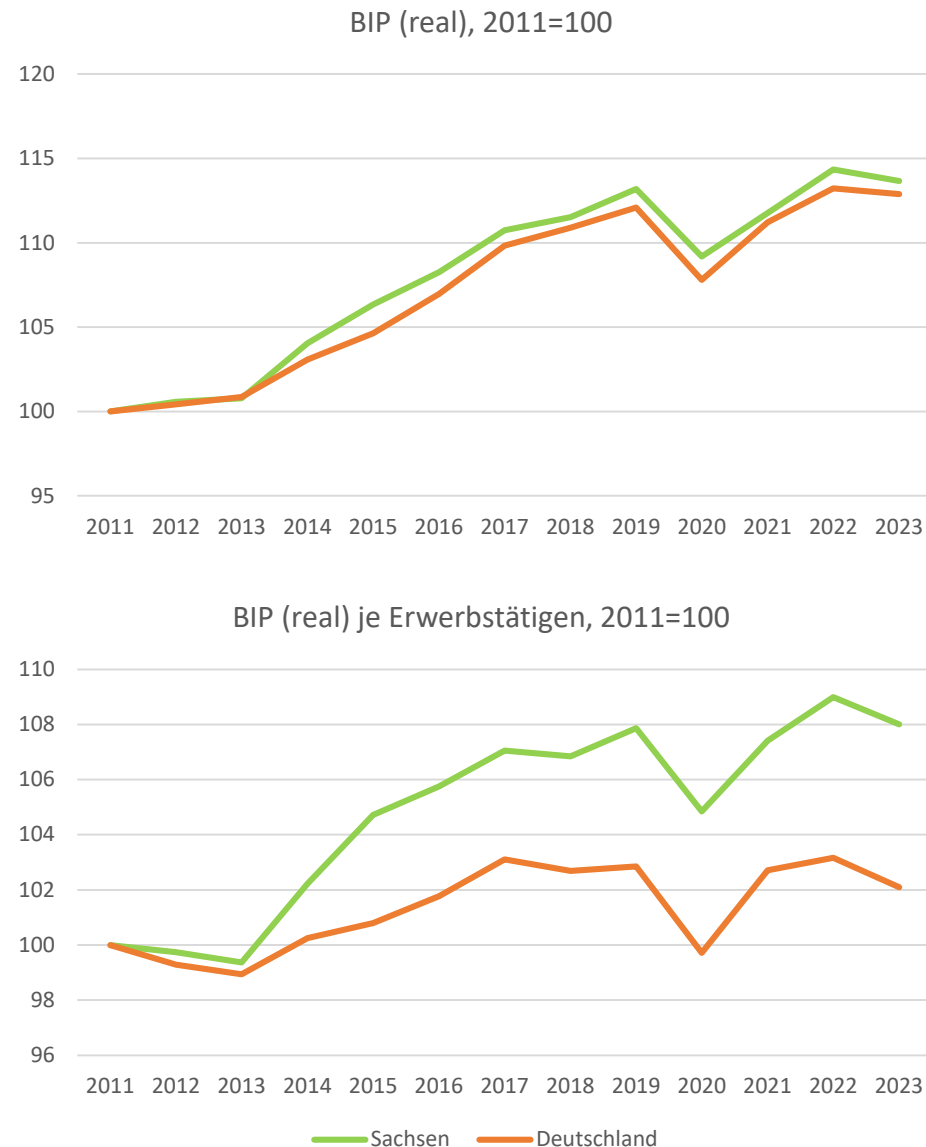
- Schwache wirtschaftliche Entwicklung vor allem durch Industrie verursacht; Dienstleistungen wachsen hingegen im langfristigen Trend weiter an
- in der Industrie: Stagnation der *Bruttowertschöpfung* seit 2017, *Produktion* sogar seither rückläufig
- Reflex einer Verschiebung von Produktion von Industriegütern zur Erbringung industrieller Dienstleistungen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes (u.a. Forschung und Entwicklung, produktbegleitende Dienstleistungen)
- Vermutung einer umfassenden Deindustrialisierung bislang allerdings nicht belegbar

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe/in energieintensiven Sektoren



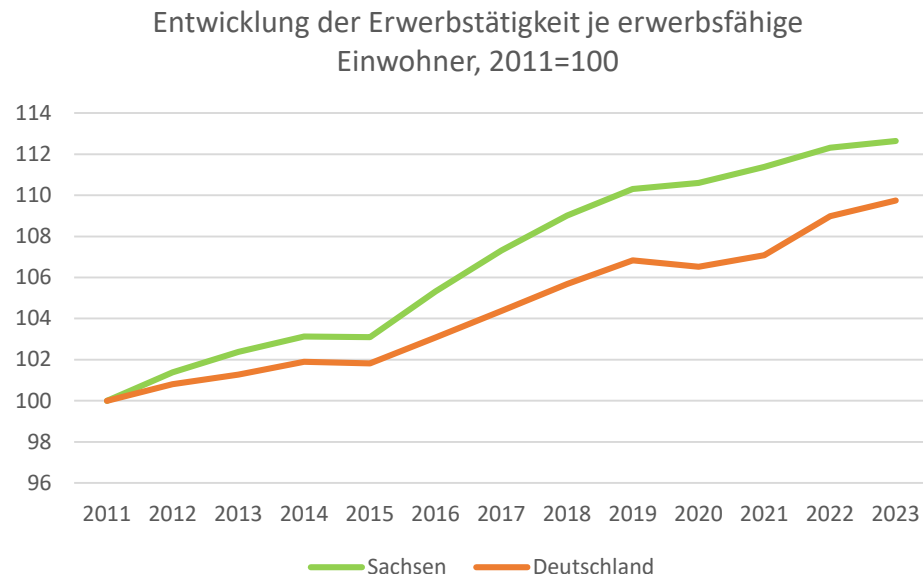
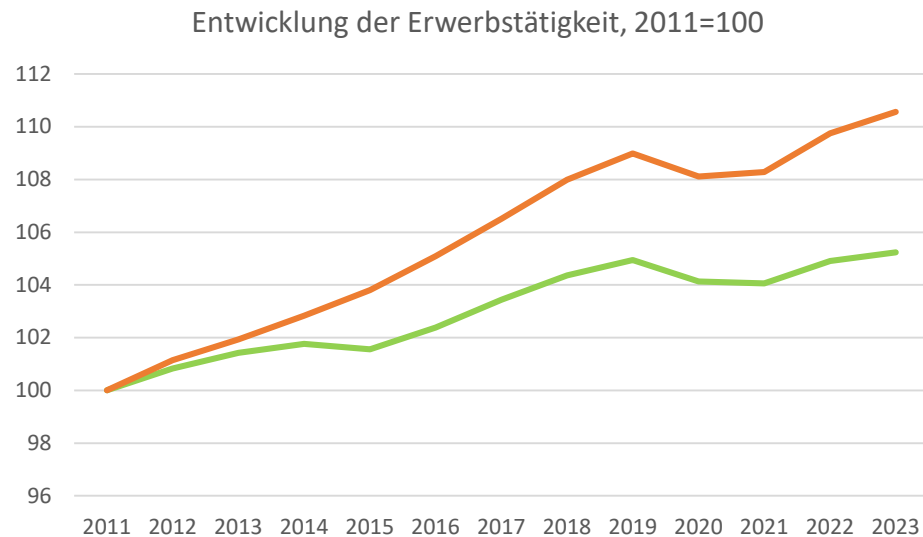
- Produktionsrückgang seit 2017 betrifft alle Sektoren
- *energieintensive* Zweige (Umsatzanteil rund 22%) mit stark rückläufiger Produktion seit Anfang 2022 (mit dem Anstieg der Energiepreise)
- Rest der Industrie zunächst relativ stabil; ab Mitte 2023 allerdings auch hier Rückgang der Produktion
 - Transformation in der Automobilindustrie
 - erhöhter Konkurrenzdruck aus China bei höherwertigen Industrieprodukten
 - nachlassende Innovationstätigkeit/Orientierung auf eher „traditionelle“ Technologien mit geringer Wachstumsdynamik
 - sowohl schwache Export- als auch schwache Binnennachfrage (insb. Investitionsgüter) in Deutschland
- Risiken für künftige Entwicklung: unklare Wachstumsstrategie der neuen Bundesregierung; fortbestehende Priorität für Klimaschutz (EnEfG/KSG weiterhin in Kraft); internationale Handelspolitik

Wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen und Deutschland im Vergleich



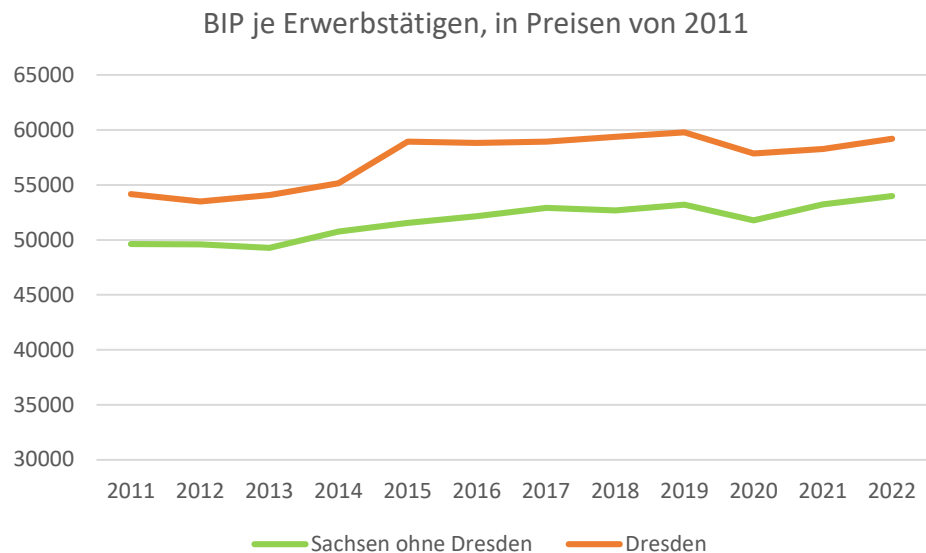
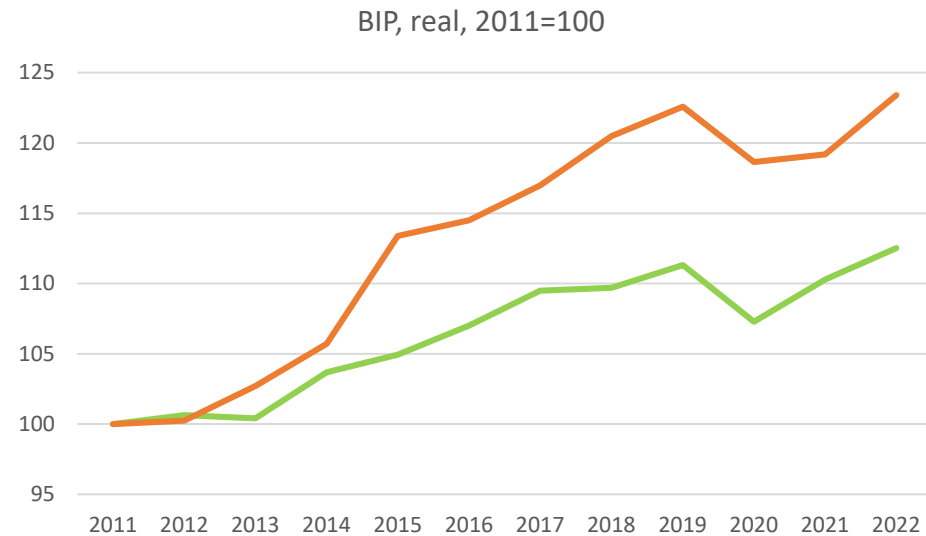
- wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Sachsen von 2011-2019 annähernd gleich
- deutlich positiver ist die Entwicklung in Sachsen beim BIP je Erwerbstätigen (=Produktivität), allerdings primär in den Jahren 2013-2019, seither faktische Stagnation)
(Reflex der wirtschaftlichen Schwäche insbesondere in der Industrie)
- BIP je Erwerbstätigen liegt weiterhin nur bei rund 82% des westdeutschen Niveaus (zweitniedrigster Wert aller Bundesländer)
⇒ wegen „Kleinteiligkeit“ der Wirtschaft
⇒ wegen Priorität des Beschäftigungsziels in der Vergangenheit (=hohe Arbeitsintensität der Produktion)
- aber: Abstand zu schwachen westdeutschen Ländern (Saarland, Schleswig-Holstein) ist nicht mehr sehr groß

Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Deutschland im Vergleich



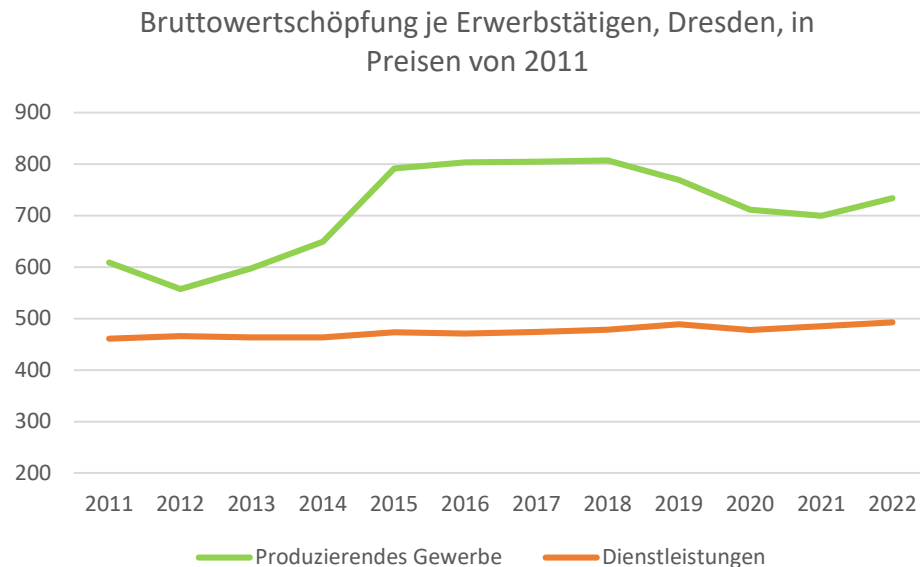
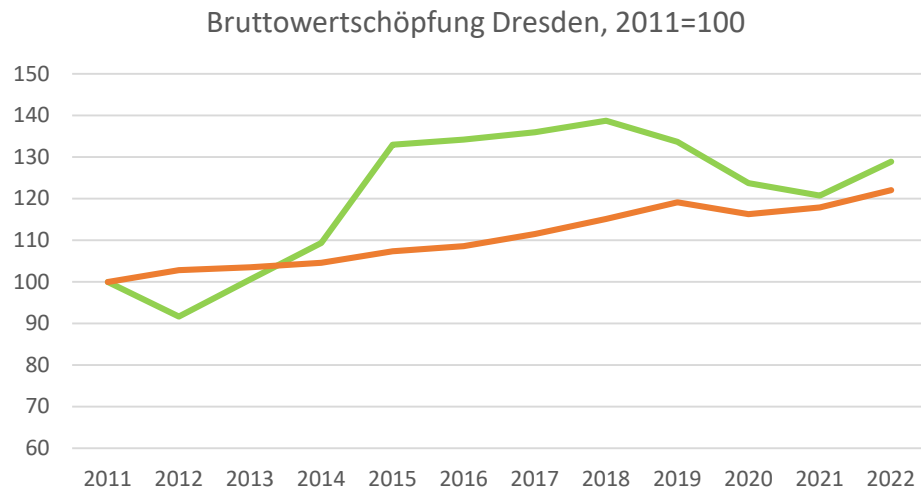
- Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland insgesamt deutlich besser als in Sachsen (vor allem in 2011-2019)
 - aber: in Relation zu erwerbsfähigen Einwohnern (20-64 Jahre) etwas günstigere Entwicklung in Sachsen
- ⇒ demographische Entwicklung führt dazu, dass wenige Arbeitsplätze „benötigt“ werden
- ⇒ Arbeitslosenquote in Sachsen (6,5%) und in Deutschland (6,0%) annähernd gleichauf
- ⇒ in vielen Bereichen inzwischen Arbeitskräftemangel

Wirtschaftliche Entwicklung in Dresden und Sachsen im Vergleich



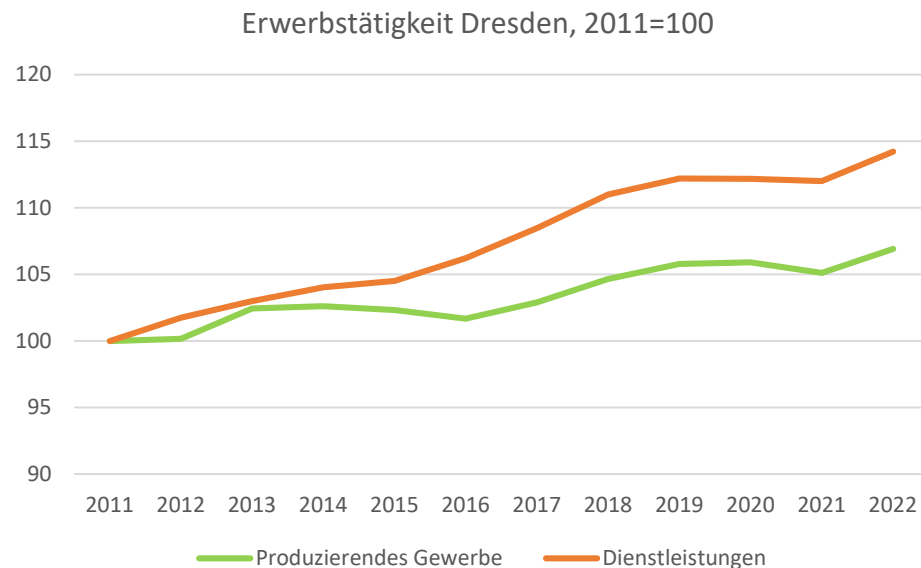
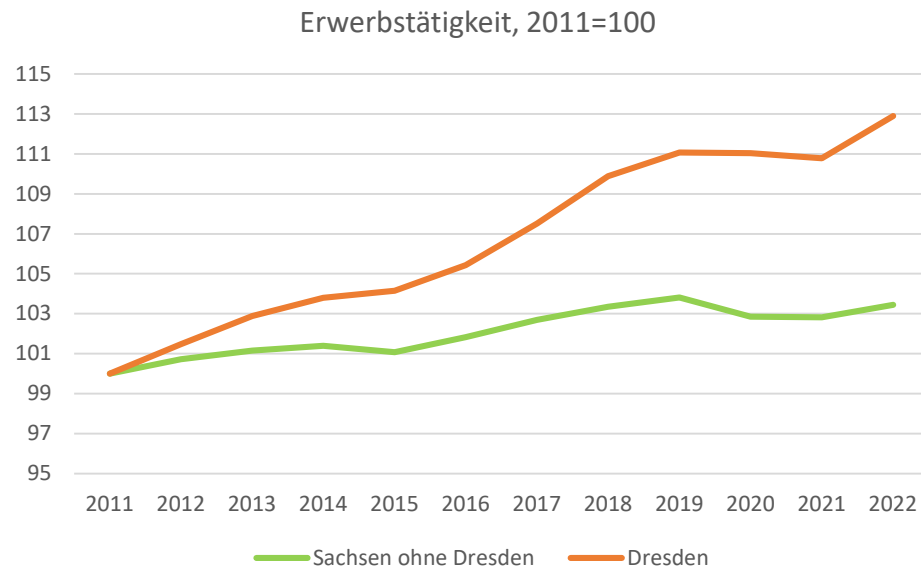
- wirtschaftliche Entwicklung in Dresden zwischen 2011 und 2019 deutlich besser als in den übrigen Regionen Sachsens, seither ungefähr gleich
- Produktivität in Dresden um etwa 10% höher als im Rest Sachsens
- Produktivitätssprung in Dresden 2015 (u.U. durch die Halbleiterindustrie bedingt); seither faktisch Stagnation
- Unterschied zwischen BIP-Entwicklung und Entwicklung der Produktivität deutet auf steigende Erwerbstätigkeit bzw. steigende Zahl an Unternehmen hin

Wirtschaftliche Entwicklung in Dresden: Sektorale Unterschiede



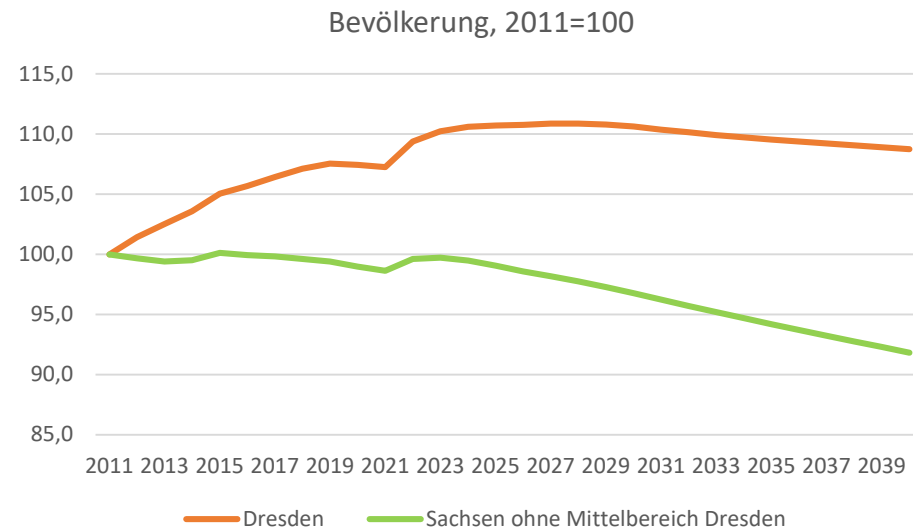
- Wirtschaftswachstum in Dresden vor allem durch die Dynamik im Produzierenden Gewerbe (Industrie/Bau) bestimmt, allerdings seit 2015 Stagnation/Rückgang der Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe
- Dienstleistungen mit stabiler Entwicklung
- Anteil der produzierenden Bereiche am BIP liegt nur bei 23% (Sachsen insg.: 35%)
(hoher Anteil von Dienstleistungen ist typisch für Städte und insoweit nicht ungewöhnlich)
- Bedeutung der produzierenden Bereiche in Dresden resultiert vor allem aus ihrer überdurchschnittlich hohen Produktivität, nicht aber aus ihrem Beschäftigtenanteil (16,6% in Dresden, 29,4% in Sachsen ohne Dresden)

Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Dresden im Vergleich



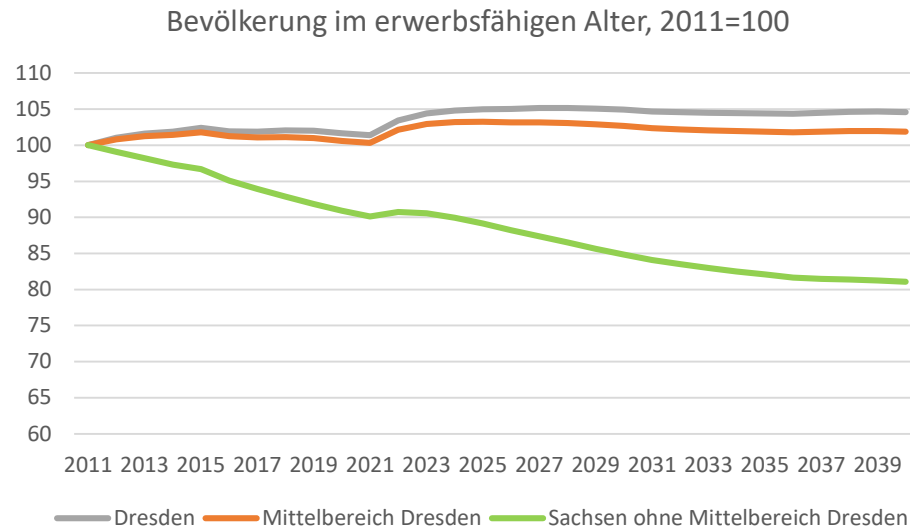
- Zahl der Arbeitsplätze in Dresden ist seit 2011 deutlich stärker gestiegen als im Rest Sachsens
- Beschäftigungsdynamik insbesondere bei Dienstleistungen in Sachsen und in Dresden (aktuell in Dresden rund 290 Tsd. Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, nur 57 Tsd. im Produzierenden Gewerbe)
- Arbeitslosenquote Sachsen und Dresden gleichauf mit 7,0% (Februar 2025)

Bevölkerungsentwicklung in Dresden und Sachsen



- Einwohnerzahl in Dresden ist seit 2011 um rund 9% gestiegen, im Rest Sachsens hingegen weitgehend stabil geblieben
- Bevölkerungsanstieg vor allem durch Zuwanderung (und hier wiederum in hohem Umfang aus dem Rest Sachsens und dem Ausland, weniger aus anderen Bundesländern)
- aktuelle Bevölkerungsprognose geht von leichtem Rückgang der Einwohnerzahl aus (allerdings ohne Berücksichtigung ESMC-Ansiedlung), im Rest Sachsens hingegen deutlicher Rückgang um rund 8% bis 2040
- erhöhte Zuwanderung infolge der ESMC-Ansiedlung dürfte den Bedarf an Wohnungen, Infrastrukturen usw. erhöhen (sowohl in Dresden als auch im näheren Umland)

Zunehmender Arbeitskräftemangel in Dresden und Sachsen



- Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter wird in Dresden bzw. „Mittelbereich Dresden“ bis 2040 weitgehend konstant bleiben, im Rest Sachsen allerdings um rund 11% gegenüber 2022 sinken

⇒ zunehmender Arbeitskräftemangel, der alle Bereiche erfassen wird

⇒ Zuwanderung erforderlich (aus Sachsen/aus Rest Deutschlands/aus dem Ausland), da interne Potentiale nicht ausreichend (Frauen, Teilzeit, Arbeitslose)

⇒ Neuansiedlungen in Dresden (ESMC und Zulieferer) werden Arbeitskräftemangel tendenziell nochmals deutlich erhöhen

Risiken für die weitere Entwicklung

- **globale** Faktoren: Ukraine-Krieg, Handelspolitik der USA, Wettbewerbsdruck insbesondere aus China
- **bundespolitische** Faktoren: unklare Prioritätensetzung der Bundesregierung, steigende Zinsen aufgrund der faktischen Aussetzung der Schuldenbremse, steigende Baupreise wegen Sondervermögen Infrastruktur, steigende Lohnnebenkosten. Weitere Priorisierung von Klimaschutz kann zu verstärkter Deindustrialisierung führen, Wachstumsagenda ist noch nicht erkennbar.
- **sächsische** Faktoren: Landespolitik hat nur geringe wirtschaftspolitische Kompetenzen. Risiken sind der noch nicht verabschiedete Landeshaushalt (mit der Gefahr von Kürzungen bei Förderung/Investitionen), fehlende Mehrheit der amtierenden Landesregierung kann zu politischer Instabilität (oder gar vorgezogenen Neuwahlen) führen. Stärke populistischer Parteien kann Zuwanderung behindern. Weiter zunehmender Arbeitskräftemangel
- **Dresdner** Faktoren: kommunale Haushaltspolitik, fehlende Attraktivität für Zuwanderer (z.B. wegen fehlender Wohnungen), Rückwirkungen der Landespolitik auf Dresden

⇒ Politik (auf Bundes-/Landes-/Kommunaler Ebene) muss Unsicherheiten verringern, um Investitionstätigkeit anzuregen

⇒ insbesondere auf Bundesebene: klare wachstumspolitische Agenda definieren und umsetzen

Prioritäre wirtschaftspolitische Maßnahmen auf der Bundesebene

- **Unsicherheiten** über künftigen politischen Kurs verringern
- **Freiräume** für Unternehmertum erhöhen (statt staatlicher Regulierung/Lenkung)
- Bürokratieabbau: nicht nur effizientere Durchführung, sondern tatsächliche **Deregulierung** (Problem: häufig durch EU verursacht)
- **Unternehmenssteuern** senken (besser als Investitionsprämien o.ä.)
- selektive **Subventionen** wegen damit verbundener Wettbewerbsverzerrungen reduzieren
- negative **Arbeitsanreize** im Steuer-/Transfersystem verringern (Sozialleistungen, Einkommensteuer)
- **Nutzerfinanzierung** (statt Steuerfinanzierung) bei öffentlichen Leistungen ausbauen
- **Emissionshandelssystem** EU-ETS stärken (anstelle detaillierter quantitativer Vorgaben für CO₂-Ausstoß/Energieverbrauch); Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise für alle Unternehmen
- **Innovationspolitik** auf strategisch bedeutsame, dynamisch wachsende Bereiche fokussieren (z.B. KI, Energieeffizienzforschung, Biotechnologie...)
- **Fachkräftezuwanderung** weiter erleichtern
- Anreize zu **Produktivitätssteigerungen** (z.B. Digitalisierung)

Chancen im Strukturwandel?

- Spezialisierung auf Produkte, die für Klimaschutz relevant sind/werden (insb. Maschinenbau, aber z.B. auch Energieeffizienz, CO₂-Speicherung)
- Digitalisierung (von Produkten/Prozessen) ist eine Chance, aber auch mit Risiken verbunden
 - Energiebedarf
 - Qualifikationsbedarf
 - technologischer Vorsprung von USA/China/Korea u.a. insbesondere bei Künstlicher Intelligenz
- Schließung von Unternehmen zulassen/Neugründungen fördern
- Forschung und Entwicklung (insbesondere an Hochschulen/Forschungseinrichtungen)

⇒ Aufbau neuer Strukturen wird in jedem Fall länger dauern als Abbau veralteter Strukturen

⇒ weitere Schrumpfung der Industrie ist zu erwarten, wenn auch vermutlich keine umfassende Deindustrialisierung

⇒ regional aber sehr unterschiedliche Auswirkungen zu erwarten (Chemiestandorte, Automobilstandorte besonders betroffen)

KONTAKT

Prof. Dr. Joachim Ragnitz

ifo Institut Dresden

Tel.: 0351 26476-17

E-Mail: ragnitz@ifo.de
